



Berlin Aktuell

Die Woche im Parlament



Sehr geehrte Damen und Herren,

die Flüchtlingsdramen auf dem Mittelmeer haben den Bundestag in dieser Woche veranlasst, dazu eine eigene Debatte anzusetzen. Die Bundesregierung will zusammen mit der EU die Seenotrettung ausweiten und energisch gegen die Schlepper vorgehen.

Das Parlament hat in dieser Woche zudem einen Nachtragshaushalt für 2015 beraten. 7 Milliarden Euro zusätzlicher Investitionen wollen wir bis 2018 finanzieren. Nach mühevollen Verhandlungen mit dem Koalitionspartner ist es gelungen, davon ganze 4,35 Milliarden Euro für den Bereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur vorzusehen. Ein schöner Erfolg, mit dem wir vor allem im Straßenbau endlich dringend notwendige Neubauvorhaben möglich machen.

Ich wünsche Ihnen eine gute Woche und einen schönen Maifeiertag!

Ihr

Menschen helfen – nicht erst, wenn sie in Seenot sind

Die Bilder der Schiffskatastrophen vor der libyschen Küste rütteln auf, berühren und bedrücken uns. Der Tod so vieler Menschen, die ihr Leben menschenverachtenden Schlepperbanden anvertraut haben, führt uns das Unheil vor Augen, das Ungerechtigkeiten in den Herkunftsregionen der Menschen und zerfallende Staaten auf ihren Fluchtrouten anrichten können. Wir müssen den Verantwortlichen vor Ort bei der Veränderung dieser Umstände helfen und als Europäische Union alles tun, damit die von gewissenlosen Schleppern ins Verderben geführte Menschen vor dem Tod gerettet werden.

Europa muss rasch Maßnahmen zur Verbesserung der Lage auf den Weg bringen – und über mittel- und langfristige Perspektiven beraten. Weder die hermetische Abriegelung Europas noch die bedingungslose Öffnung unserer Grenzen wird die Lösung sein. Aber ebenso richtig ist, dass wir uns Denkverbote für neue und kreative Lösungen nicht leisten können. Alles, was Menschen rettet, ist richtig. Und wir sollten den Schleusern unmissverständlich klar machen, dass wir ihre skrupellosen Geschäfte nicht tolerieren werden.

Lösungen, die erst auf dem

Mittelmeer ansetzen, werden keine nachhaltige Verbesserung bringen. Vergessen wir auch nicht all die Opfer, die unmerkelt von der Weltöffentlichkeit auf ihrem langen Weg an die Mittelmeerküste etwa durch die Sahara sterben. Dauerhaft kann sich die Lage nur über eine Verbesserung der Zustände in der Heimat der Menschen ändern. Dort müssen wir noch stärker als bisher zu Frieden und Gerechtigkeit beitragen. Dieser Verantwortung müssen und werden wir uns gemeinsam mit unseren Partnern weiter stellen.

Zusatzgelder verbessern Chancen für Winden

Nachtragshaushalt auch für Verkehrsinfrastruktur

Mit einem Nachtragshaushalt, der in dieser Woche erstmals beraten wird, wird der Deutsche Bundestag bis zum Jahr 2018 insgesamt 3,25 Milliarden EURO zusätzlich für die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung stellen. Damit verbessern sich auch die Chancen für die Finanzierung der Ortsumgehung für Winden im Elztal im Zuge der B 294. Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt hat Peter Weiß in einem persönlichen Gespräch bestätigt, dass er nach der Verabschiedung dieses zusätzlichen Haushalts durch den Bundestag und den Bundesrat für mehrere neue Straßenbaumaßnahmen eine Freigabe erteilen wird. Nach den haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Bundes darf er die Entscheidung über Neubaumaßnahmen erst nach der Haushaltsverabschiedung treffen. Peter Weiß hat den Minister nochmals ein-

dringlich gebeten, mit den neuen Haushaltsmitteln auch den Baubeginn für die Ortsumgehung Winden anzuordnen.

Mit dem in dieser Woche beratenen Nachtragshaushalt werden insgesamt 7 Milliarden EURO für Investitionen bis einschließlich 2018 zur Verfügung gestellt. Nach schwierigen Verhandlungen mit dem Koalitionspartner ist es gelungen, den größten Teil, nämlich 4,35 Milliarden EURO für das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur vorzusehen, davon 3,25 Milliarden EURO für den Verkehrsbereich. Das ist ein großartiger Verhandlungserfolg.

Sobald der zusätzliche Haushaltsplan endgültig verabschiedet sein wird, hat dann der Bundesverkehrsminister die Rechtsgrundlage, um endlich neue Straßenbauvorhaben freizugeben.

Spielräume für Investitionen nutzen

Mit dem Nachtrag zum Bundeshaushalt 2015 legen wir die Verteilung des 10-Milliarden-Euro-Pakets für Zukunftsinvestitionen fest. Wir machen den Weg frei für konkrete Investitionsmaßnahmen bis 2018. Für den Bereich Verkehr und digitale Infrastruktur sind 4,35 Milliarden Euro vorgesehen. Knapp 700 Millionen Euro für die Steigerung der Energieeffizienz und 450 Millionen Euro für die Nationale Klimaschutzinitiative. Für den Hochwasserschutz sind 300 Millionen Euro eingeplant. Bei den weiteren Maßnahmen werden wir ebenfalls den Fokus auf die Bereiche Infrastruktur, Energie und Umwelt legen, für neues langfristiges Wachstum und die Zukunftsfestigkeit Deutschlands. In 2015 und 2016 wird der Bund zudem die Länder und ihre Kommunen mit jährlich 500 Millionen Euro unterstützen, um die Aufnahme und Unterbringung der zunehmenden Anzahl an Asylbewerbern zu bewältigen.

CDU trifft ZdK



Zu einem Informationsaustausch über aktuelle Fragen kamen in dieser Woche in Berlin das Präsidium der CDU unter der Leitung von Bundeskanzlerin Angela Merkel und das Präsidium des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) unter der Leitung von Präsident Alois Glück zusammen. Mit dabei war auch Bundestagsabgeordneter Peter Weiß, der im ZdK für den Sachbereich Globale Verantwortung und Entwicklung zuständig ist.

Aufnahme: Tobias Koch

Impressum

Berlin Aktuell - Die Woche im Parlament

Herausgeber: Peter Weiß MdB

Layout und Inhalt: Frank Zwiener

Deutscher Bundestag,
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. (030) 227 77333

Fax (030) 227 76387
peter.weiss@bundestag.de

Wahlkreisbüros

Denzlinger Straße 8,
79312 Emmendingen
Tel. (07641) 93 11 77
Fax (07641) 93 15 80

Friedrichstr. 5, 77933 Lahr
Tel. (07821) 90 80 61
Fax (07821) 90 80 62

peter.weiss@wk.bundestag.de

Gesunde Lebensmittel im Blick



Gesunde Lebensmittel - das war Thema des Parlamentarischen Abends von EDEKA in Berlin. Zum anregenden Gespräch trafen sich bei dieser Gelegenheit (v.l.n.r.!) der Ortenauer Landtagsabgeordnete Willi Stächele, Rainer Huber von der EDEKA-Südwest-Zentrale in Offenburg, EDEKA-Aufsichtsratsvorsitzender Adolf Scheck aus Achern und Bundestagsabgeordneter Peter Weiß.

Aufnahme: EDEKA

Gesetz zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags

Mit dem Gesetzentwurf wird die verfassungsrechtlich gebotene Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags für die Jahre 2015 und 2016 entsprechend den Vorgaben des 10. Existenzminimumberichts sichergestellt. Zur Förderung der Familien, bei denen sich der Kinderfreibetrag nicht auswirkt, soll das Kindergeld in gleichem Verhältnis für 2015 (4 Euro pro Monat) und 2016 (um weitere 2 Euro pro Monat) angehoben werden. Daneben soll der Kinderzuschlag um einen Betrag von 20 Euro auf 160 Euro monatlich ab dem 1. Juli 2016 angehoben werden. Wir beraten den Gesetzentwurf der Bundesregierung in erster Lesung und haben in Göttingen überdies beschlossen, dass wir auch den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende im Rahmen dieses Gesetzes anheben wollen.

Termine mit Peter Weiß

**Freitag, 24. April 2015,
17:00 Uhr**

Besuch der Schlossbrauerei Schmieheim mit der CDU Rust, Schloßstr. 74, Kippenheim-Schmieheim.

**Freitag, 24. April 2015,
19:30 Uhr**

Ettenheimer Weinmesse, Stadthalle Ettenheim.

**Freitag, 24. April 2015,
20:00 Uhr**

Hauptversammlung des DRK Emmendingen.

**Samstag, 25. April 2015,
19:00 Uhr**

Festabend 150 Jahre Männergesangverein 1865 Schmieheim, Festhalle Schmieheim.

**Sonntag, 26. April 2015,
14:00 Uhr**

Dekanatstag „Wir bringen Farbe ins Spiel“, Emmendingen, rund um die Kirche St. Johannes, Bürkle-Bleiche.

**Montag, 27. April 2015 und
Dienstag, 28. April 2015**
Klausurtagung der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Frankfurt/M.

**Mittwoch, 29. April 2015,
19:00 Uhr**

Sitzung des Bezirksausschusses der CDU-Sozialausschüsse (CDA), Landgasthof Frank, Bahnhofstr. 3, Hüfingen.

**Donnerstag, 30. April 2015,
17:00 Uhr**

Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Ingrid Kossowski, Rathaus Emmendingen.

**Freitag, 01. Mai 2015,
11:30 Uhr**

Tag der offenen Tür bei der DITIB-Moschee in der Friedrichstr. 55 in Lahr.

**Freitag, 01. Mai 2015,
12:00 Uhr**

Maihock der CDU Kuhbach in Lahr-Kuhbach.

**Freitag, 01. Mai 2015,
19:00 Uhr**

Ausstellungseröffnung in Kunsthalle Messmer in Riegel.

**Sonntag, 03. Mai 2015,
11:30 Uhr**

Eröffnung des Elztaler Hüttenwinkels beim Naturpark-Markt in Elzach.

Deutsch-kosovarischer Gespräch



Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen ist die zentrale Herausforderung für den Kosovo. Über die wirtschaftliche Entwicklung des Landes sprach in Berlin Bundestagsabgeordneter Peter Weiß mit der jungen kosovarischen Parlamentsabgeordneten Njomza Emini.

Aufnahme: Frank Zwiener

Besserer Schutz vor Einbrüchen

Die Bekämpfung der Kriminalität ist unserer Fraktion ein wichtiges Anliegen, denn die Menschen erwarten angesichts steigender Einbruchszahlen und vermehrter Gewalt im Alltag Antworten von der Politik. Deswegen werden wir die steuerliche Absetzbarkeit von Investitionen in Sicherheitstechnik sowie weitere Fördermöglichkeiten und Änderungen im Bundesrecht prüfen. Und es sollen die Zuschüsse und zinsgünstigen Kredite im Rahmen der KfW-Programme aufgestockt werden. Denn: Nicht nur Haus- und Wohnungseigentümer sollen profitieren, sondern auch Mieter sollen sich besser vor Einbrechern schützen können. Außerdem wird der Organisierten und der Rocker-Kriminalität der Kampf angesagt. Polizei, Staatsanwaltschaft und Richter sollen gestärkt werden. Und: Der Schutz von Polizisten und anderen Einsatzkräften vor gewalttätigen Übergriffen wird ausgebaut.

Gesetz zur Änderung der Verfolgung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten

Mit diesem Gesetz ergänzen wir das bestehende Instrumentarium hinsichtlich der Strafbarkeit einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat. Insbesondere werden Voraussetzungen dafür geschaffen, Dschihadisten, die sich bewaffneten Kämpfern im Ausland anschließen wollten, wirkungsvoll verfolgen und inhaftieren zu können. Gleiches gilt für den Versuch einer Reise, wenn diese in der Absicht unternommen wird, eine schwere staatsgefährdende Straftat zu begehen oder eine vorzubereiten. Schon die Absicht, sich in einem Terrorcamp ausbilden zu lassen, ist strafbar. Zudem werden die Vorschriften gegen die Finanzierung terroristischer Straftaten in einer neuen Norm zusammengefasst.

Wir schaffen zudem die Voraussetzung dafür, dass Personen, denen die Ausreise aus Deutschland untersagt ist, auch tatsächlich nicht ausreisen können. Neben dem Entzug des Reisepasses kann ihnen damit auch ein Ersatz-Personalausweis ausgestellt werden, der ein Verlassen Deutschlands nicht erlaubt.

Verbindungsdatenspeicherung kommt

Diese Koalition kann mehr, als nur den vereinbarten Politikfahrplan Schritt für Schritt und Satz für Satz umsetzen. So können wir durch unsere Beharrlichkeit jetzt endlich die lange blockierte Frage der Verbindungsdatenspeicherung auflösen. Die nun vorgelegten Leitlinien kombinieren zeitlich und inhaltlich eng begrenzte Speicherfristen mit sehr strengen

Berufsausbildung ist lohnende Investition

Auszubildende kosten Betriebe je nach Berufsgruppe bis zu 9.000 Euro pro Jahr. Zieht man die von den Auszubildenden erwirtschafteten Erträge von den Bruttokosten ab, so kostete ein kaufmännischer Auszubildender im Ausbildungsjahr 2012/2013 seinen Betrieb rund 3.500 Euro. Bei Auszubildenden technischer Berufe beliefen sich die Kosten auf rund 8.900 Euro. Die Differenz erklärt sich durch die vergleichsweise höhere Vergütung technischer Berufe und die häufig nötigen längeren Einweisungszeiten an teuren Maschinen. Dennoch lohnt es sich für Unternehmen, Auszubildende einzustellen und nach ihrer Ausbildung weiter zu beschäftigen: Die externe Besetzung einer Stelle kostet Unternehmen durchschnittlich 8.700 Euro, vom Bewerbungsverfahren bis zur Einarbeitung. Entsprechend ist für 80 Prozent der auszubildenden Unternehmen in Deutschland die Qualifizierung von Fachkräften, die langfristig im Betrieb eingesetzt werden können, ein tragender Grund für ihr Ausbildungsengagement.

(Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung)

Abrufregelungen. So werden die Ziele der Verbrechensbekämpfung mit hohen Standards beim Datenschutz in Einklang gebracht. Die juristischen Vorgaben werden dabei eingehalten. Künftig werden auch in der digitalen Welt Spuren gesichert werden können, damit wir Kinderpornographie, Terrorismus und organisierte Kriminalität effektiv bekämpfen können.